



BEATE LANDEFELD

**Über Liebe, die Partei &
andere brennende Fragen**



NEUE IMPULSE VERLAG

Beate Landefeld
Über Liebe, die Partei & andere brennende Fragen

Beate Landefeld

Über Liebe, die Partei & andere brennende Fragen

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im
Internet über <https://dnb.dnb.de> abrufbar.

1. Auflage September 2024
Neue Impulse Verlag, Essen

Gesamtausstattung:
Medienwerkstatt Kai Münschke, Essen
www.satz.nrw

Korrektorat:
Kurt W. Fleming

Titelabbildung:
Kai Münschke nach einer Idee von Andy Warhol

ISBN 978-3-96170-080-6 (Hardcover)
ISBN 978-3-96170-380-7 (eBook)
ISBN 978-3-96170-680-8 (ePDF)

Alle Rechte vorbehalten

© Neue Impulse Verlag, Essen 2024

www.neue-impulse-verlag.de

■ Inhalt

Vorwort	7
Deutsche Spaltung und Europastrategie des deutschen Kapitals	9
Kräfteverhältnisse und Formen der Ostexpansion	19
Parteien in der marxistischen Theorie	31
Zur Gründung des MSB Spartakus (1971–1990)	43
Marx, Engels, Lenin und Deng – auf Umwegen zum Sozialismus?	53
Lenin zur Arbeitsmigration und die Migration heute	63
Eigentums- und Machtverhältnisse bei Daimler, BMW und VW	77
Anläufe zur Formierung einer revolutionären deutschen Arbeiterpartei	89
Trump, Deutschland und die EU	103
Im Übergang zur Multipolarität	113
Beharrliche Formierung von Kräften ist wichtigste Aufgabe	127
Privateigentum und Finanzkapital	135
Formation – Stadium – Regime	149
Zur Struktur der herrschenden Klasse	163
Kräfteverhältnisse und Verteilung von Krisenlasten in der BRD	175
Europäisiert sich die Bourgeoisie?	189
Die deutsche Politik und die Krise	203
Historischer Realismus ist kein nationaler Nihilismus	217
Den Imperialismus »neu denken«?	223
Erich Fromms Theorie der Liebe	235

Kommen die Frauen unter die Räder?	245
Meinungspluralismus und Kommunistische Partei	251
Frauenbilder in Frauenzeitschriften	259
Marxismus und Neofeminismus	265
Thesen zur »Sozialen Verteidigung«	273
Klassenkampf und Persönlichkeitsentwicklung	281
Beate Landefeld über Beate Landefeld	293

Vorwort

Wer sich heute auch als junger Mensch mal aus marxistischer Sicht mit der Liebe und Erich Fromms Theorie derselben auseinandersetzen möchte, wird nicht auf Anrieb an Beate Landefeld als Autorin denken. Aber im Archiv der Marxistischen Blättern¹ einen fundierten, streitbaren Artikel dazu finden, der auch aktuell an Orientierungspotenzial nichts verloren hat. Gleiches gilt für andere Themen, mit denen sich Beate Landefeld in früheren Jahren als Autorin der Marxistischen Blätter ab 1979 befasst hat: Jugendbewegung und »alternative Lebensformen«, »soziale Verteidigung«, »Neofeminismus«, »Frauenbilder in Frauenzeitschriften« oder »Meinungsppluralismus und Kommunistische Partei« Auch aus zeitlicher Distanz lohnt es sich noch, diese Artikel zu lesen, die wir aus Anlass des 80. Geburtstages von Beate Landefeld in diesen Sammelband aufgenommen haben. Als Geschenk für sie, für ihre ›Community‹ und Nachgeborene.

Dieses »Best of Beate« umfasst *alle* ihre Artikel aus den Marxistischen Blättern, – die jüngsten am Anfang, die älteren zum Schluss. Eine Auswahl fiel schwer: Weil Beate Landefeld keine extrovertierte Vielschreiberin ist, – zumal ihre monatliche UZ-Kolumne, ihr eigener Blog und ihr Facebook-Freundeskreis seit Jahren ihre volle Aufmerksamkeit genießen. Hier wie dort zeigt sich, dass sie einen Sinn dafür hat, relevante (!) Fragestellungen konkret (!) aufzugreifen und zum richtigen Zeitpunkt (!) kompetent (!) zu bearbeiten, will heißen: *vor* dem Schreiben *viel* zu lesen und zu durchdenken. Das zeichnet die Qualität ihrer Beiträge aus, – neben ihrer Fähigkeit, eine wissenschaftsbasierte Weltsicht besonders für Nicht-Akademiker:innen verständlich rüberzubringen. Hier zeigen sich Spuren ihrer Herkunft und Sozialisation – nicht zuletzt ihrer Zusammenarbeit mit Robert Steigerwald, Willi Gerns und Kurt Steinhaus im Herausgeberkreis der Marxistischen Blätter ab 1986 und in der Abteilung »Marxistische Theorie und Bildung« des Parteivorstandes der DKP bis 1989/90. Sie hatte das Zeug, deren Nachfolgerin zu werden.

Beate Landefeld, Jahrgang 1944, das älteste von vier Kindern einer hessischen Bauernfamilie entzog sich bei Kälte und Regen gerne harter Feldarbeit und »täuschte Hausaufgaben vor«, wie sie selbst schreibt. »Während die anderen schufteten, las ich alles, was ich zuhause fand, die Landwirtschaftszeitung,

1 <https://www.marxistische-blaetter.de/de/topic/2.alle-ausgaben-seit-1963.html>

Kitsch- und Schundromane meiner Oma, aber auch ein Dutzend Reclam-Heftchen mit Dramen von Kleist, Goethe, Schiller und anderen Klassikern, die mein Vater als Soldat irgendwo aus einem ausgebombten Haus mitgenommen hatte.« (Mit den »Klassikern« der kommunistischen Bewegung befasste sie sich dann intensiv 1980 im Studienjahr an der internationalen Moskauer Lenin-Schule.)

Wie aus diesem wissensdurstigen und lesehungrigen Kind über die Berufsausbildung als Hotelfachfrau, das Abendgymnasium, das Studium der Soziologie und Literaturwissenschaft, die Aktivität in der Jugend- und Studentebewegung der 1960er/1970er Jahre die Vorsitzende des MSB-Spartakus, eine überzeugte Marxistin und diskussionsfreudige Kommunistin wurde, die auch nach der Zäsur von 1989/90 und dem damit verbundenen Bruch in der eigenen Biografie im anhaltenden gesellschaftlichen Gegenwind bei der Stange bzw. der roten Fahne blieb, kann man in ihrem Selbstzeugnis am Ende dieses Buches nachlesen, detailliert und schnörkellos. So wie auch ihre Artikel sind.

In diesem Selbstzeugnis werden viele ihrer Generation sich und eigene Entwicklungsetappen prototypisch wiederfinden. Und die Nachgeborenen bekommen einen lebendigen Einblick in eine andere Zeit und den Lebensweg einer kämpferischen Persönlichkeit, die sich als Intellektuelle nicht erst der arbeitenden Klasse annähern musste, *weil sie aus ihr kommt* und *aus ihr heraus* zur Intellektuellen wurde. Solche Lebensläufe waren im sozialistischen Arbeiter- und Bauernstaat DDR der Normalfall, – in der kapitalistischen BRD nur in einem kurzen Zeitfenster möglich. Welchen Stellenwert die Teilnahme an den Kämpfen der arbeitenden Klasse für eine auf Emanzipation abzielende Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen hat, kann man in dem Beitrag »Klassenkampf und Persönlichkeitsentwicklung« nachlesen, mit dem Beate Landefeld ihre Publikationstätigkeit in den Marxistischen Blättern begann und mit dem dieses Buch endet.

Selbst, wer Beate Landefeld lange kennt, mit ihr zusammengearbeitet hat oder sie bei einem Vortrag erleben durfte, wird beim Lesen noch die eine oder andere überraschende Facette ihrer Persönlichkeit und ihres Wirkens als Autorin und Mitherausgeberin der Marxistischen Blätter entdecken. Aber vor allem viel von der Welt erkennen, in der wir leben und die es gemeinsam zu verändern gilt.

Lothar Geisler/ Herbert Lederer

im Namen des Herausgeberkreises der Marxistischen Blätter²

2 Ein großer Dank geht an den Kreisvorstand der DKP-Recklinghausen, der dieses Buch mit einem Zuschuss ermöglicht hat.

Deutsche Spaltung und Europastrategie des deutschen Kapitals

Marxistische Blätter 1_2024, S. 59–66

Kapital muss expandieren, um in der Konkurrenz zu bestehen. Nationale Grenzen wurden dabei von Beginn an überschritten. Englands Rolle als Großmacht beruhte auf seinen Kolonien. Schon 1841, Jahrzehnte vor der Reichsgründung, beschäftigte sich Friedrich List, der erste bedeutende Ökonom des deutschen Bürgertums, mit der »Mitteleuropaidee«. Ausgehend von der geografischen Lage und Größe Deutschlands, bildet sie bis heute den Kern der Europastrategien des deutschen Kapitals. Ihr liegt die Annahme zugrunde, dass Wirtschaftsgroßräume günstigere ökonomische Entwicklungsmöglichkeiten bieten als kleine Länder.

1. Traditionen deutscher Europastrategie

Um den Abstand zum ökonomisch führenden England zu verringern, empfahl List, Holland mitsamt seinen Kolonien »zum Anschluss an den Zollverein zu zwingen«. ¹ Anzustreben sei eine »Continental-Allianz«, in der später auch England gegen die künftige »amerikanische Übermacht« Schutz suchen könne. Auch riet List zur Steuerung der deutschen Auswanderung: »[W]ir haben Hinterland (blackwoods) so gut wie die Amerikaner – die Länder an der untern Donau und am Schwarzen Meer – die ganze Türkei – der ganze Südosten jenseits Ungarn ist unser Hinterland.« ² Statt nach Nordamerika auszuwandern, sei es sinnvoller, wenn deutsche Auswanderer »in Brüderschaft mit Ungarn« Südosteuropa bis zum Schwarzen Meer kolonisierten.

1904 gründeten Volkswirte, Industrielle und Verbände den »Mitteleuropäischen Wirtschaftstag« mit Filialen in Österreich und Ungarn. Neben diese eher »liberale« Tradition bürgerlicher Europastrategien trat im Übergang zum Mono-

- 1 Friedrich List, Das nationale System der Politischen Ökonomie (1841), in Reinhard Opitz (Hrsg.), Europastrategien des deutschen Kapitals 1900–1945, 1994. S. 52. [Abkürzung: Europastrategien]
- 2 Friedrich List, Die Ackerverfassung, die Zwergwirtschaft und die Auswanderung (1842), in: Europastrategien, S. 61.

polkapitalismus eine reaktionäre, sozialdarwinistische, nach innen und außen aggressivere Linie, gefördert von Kreisen der Schwerindustrie und des Junkertums. Ihre Ideologen sammelten sich im Alldeutschen Verband (1891–1939). Ziele waren deutsche Weltmachtgeltung, der Anschluss deutscher Teile Österreichs und der Schweiz ans Reich und Kolonialbesitz. Militarismus, Chauvinismus, Antisemitismus, Rassismus wurden gefördert.

Nach Beginn des ersten Weltkriegs griffen Großeigentümer und Konzernvertreter beider Richtungen rege in die Kriegszieldiskussion ein, mit Denkschriften, deren Inhalte zum Teil in Reichskanzler Bethmann-Hollwegs »September-Programm« eingingen.³ Der Schwerindustrie ging es dabei primär um die Eroberung lothringischer und französischer Eisenerzgebiete. Die »Mitteleuropäer« legten besonderen Wert auf die Südostexpansion. Einer von ihnen, Paul Rohrbach, empfahl, das Russische Reich in seine »natürlichen, geschichtlichen und ethnischen Bestandteile zu zerlegen« (»Orangentheorie«). Im Kriegsverlauf verschmolzen die Ziele beider Gruppen und harmonisierten umso mehr miteinander, »je größer die Siegesaussichten erschienen.«⁴

Kriegsniederlage und Novemberrevolution führten im staatsmonopolistischen Machtkartell zur Dominanz der »liberalen« Variante imperialistischer Politik. Ihre Träger waren die »neuen« Industrien der Elektro- und Chemiebranche. Innenpolitisch setzten sie auf Einbeziehung der SPD in die Regierung. 1931 kam es unter Kanzler Brüning zur Zollunion mit Österreich. Gustav Stolper, prominenter »Mitteleuropäer« aus Österreich, enger Freund von Theodor Heuss und Kurt Riezler, lobte sie enthusiastisch als »Aufrollung des herrschenden europäischen Systems von der ökonomischen Seite her.«⁵ Frankreich, das den Anschluss Österreichs und eine Hegemonierolle Deutschlands in Mitteleuropa fürchtete, brachte die Zollunion zu Fall.

Hitlers Machtübernahme billigten beide Gruppen. Im Machtkartell wurde nach 1933 die Gruppe der Schwerindustriellen und Großagrarier dominant. 1936 gewann, angesichts eines Roh- und Werkstoffmangels in der Rüstungsproduktion, die Gruppe der Chemieindustrie erneut die Oberhand.⁶ Nach Kriegsbeginn

3 Denkschrift Hermann Röchlings betr. französische Erzgebiete, Kriegszieldenkschrift Walther Rathenau an Bethmann-Hollweg, Kriegsziel-Richtlinien Bethmann-Hollwegs, Denkschrift von August Thyssen, u. a., in Europastrategien, S. 211 ff.

4 Reinhard Opitz, Einleitung zu Europastrategien, S. 31 f.

5 Reinhard Opitz, Einleitung zu Europastrategien, S. 35.

6 Eberhard Czichon, Der Primat der Industrie im Kartell der nationalsozialistischen Macht, in: Das Argument 47 (1968), S. 173 ff.

bedienten sich beide Kapitalgruppen im Zuge der »Arisierungen« in annektierten und besetzten Ländern. Wie im ersten Weltkrieg schmolzen ihre Kriegsziel-differenzen in Phasen militärischer Erfolge dahin. Zudem beschleunigte der Faschismus ihre Verflechtung untereinander.⁷ Die nunmehr forcierte »Groß-raumpolitik« schloss, über die traditionelle Südostrichtung hinaus, die »Ger-manisierung« von Gebieten und Versklavung von Völkern der Sowjetunion bis zum Ural ein.⁸

Als sich 1944 die deutsche Kriegsniederlage abzeichnete, gingen Versuche, mit den Westmächten zu einem Separatfrieden zu kommen, noch einmal von den »neuen Industrien« aus, im Vorgriff auf die dann die Nachkriegszeit prägen-den Europastrategien der gesamten deutschen Monopolbourgeoisie. Sie setzte nach 1945 auf die gemeinsame Frontstellung mit den Eliten der Westmächte gegen die UdSSR. An die Idee des europäischen Wirtschaftsgrößraums ließ sich dabei nahezu nahtlos anknüpfen. Das Beispiel des Aufsichtsratsvorsitzenden der (zur IG Farben gehörenden) Donau-Chemie Richard Riedl zeigt den Form-wechsel, dem die Europaidee dabei unterlag. Riedl verfasste 1943 die Denkschrift »Wege zur Entbolschewisierung und Entrussifizierung des Ostraums«. 1944 schrieb er die Denkschrift »Wege nach Europa«. In ihr warb er für ein freiwilli-ges Wirtschaftsbündnis europäischer Staaten mit gemeinsamer »Europabank« und einem gemeinsamen »Europagulden«.⁹

Westintegration und Restauration Hand in Hand

Die Niederlage Nazideutschlands veränderte die internationalen Kräfteverhält-nisse tiefgehend. Die USA etablierten sich als stärkste Macht des Kapitalismus. Im Befreiungskampf der europäischen Völker, dessen Hauptlast die UdSSR trug, waren überall antifaschistische Kräfte und kommunistische Parteien erstarkt. Sie leiteten in vielen Ländern revolutionäre Umwälzungen ein. Deutschland wurde in vier Besatzungszonen geteilt. Die Anti-Hitler-Koalition hatte sich 1945 in Potsdam auf die Entmilitarisierung, Entnazifizierung, Demokratisierung und Dezentralisierung ökonomischer und politischer Macht im Zuge der Neuord-nung Deutschlands geeinigt. Das entsprach der Stimmung der Völker. In der deutschen Bourgeoisie löste es Panik aus.

7 Reinhard Opitz, Einleitung zu Europastrategien, S. 38.

8 Vgl. Dokumente ab Juli 1941 zur Neuordnung des Ostens, in: Europastrategien, S. 812 ff.

9 Europastrategien, S. 948 ff., S. 990 ff.

Der 1933 nach New York emigrierte »Mitteleuropäer« Gustav Stolper klagte, die amerikanische Besatzungsmacht halte 1947 »noch Tausende von Menschen gefangen, deren einziges bewiesenes Verbrechen war, dass sie leitende Stellungen im deutschen Industrie- und Bankwesen bekleidet hatten.«¹⁰ 1947 gehörte er zur Hoover-Kommission, die Präsident Truman beim deutschen Wirtschaftsaufbau beriet. Stolpers früherer DDP-Parteifreund Reinhold Maier, erster Ministerpräsident Baden-Württembergs, beschrieb die Hoffnungen, die die deutsche Bourgeoisie mit Stolper verband: »Wir unterdrückten Freudeäußerungen. Nur wenn die Objektivität dieses Mannes unangetastet blieb, vermochte er sachlich zu unserem Vorteil zu wirken.«¹¹

1947 gingen die USA zur Politik des Kalten Krieges, der Eindämmung und des Rollback des Sozialismus über. In den Besatzungszonen der Westmächte wurden nicht mehr nur unbelastete bürgerliche Emigranten wie Stolper, sondern immer ungenierter frühere Militaristen und Nazis als »Fachleute« unter dem Vorwand der »Linderung der wirtschaftlichen Not« wieder eingesetzt. Unternehmerverbände reorganisierten sich unter neuem Namen, um Einfluss zu nehmen. Arbeiterparteien und Antifaschisten bekämpften die Restauration der Kapitalmacht und die Rückkehr ehemaliger Nazis in Wirtschaft und Verwaltung. Sie verwiesen auf gegenläufige Entwicklungen in der SBZ. Dem begegnete die deutsche Bourgeoisie, unterstützt von den westlichen Besatzungsmächten, mit wachsender antikommunistischer Hetze.

Ab 1948 flossen auf Basis des European Recovery Program (Marshall-Plan) Gelder der USA an 16 westeuropäische Länder, die Türkei und die Westzonen Deutschlands. Die Empfängerländer bildeten die Organization for European Economic Cooperation (OEEC) in Paris. Sie sollte die ERP-Mittel verteilen, Handelsbeschränkungen abbauen, »die Wirtschaftspolitik der teilnehmenden Länder koordinieren und die wirtschaftliche Integration in Westeuropa fördern«.¹² Die USA wollten mit dem Marshall-Plan einer Ausbreitung des Kommunismus in Europa vorbeugen. Zudem schuf er Nachfrage für Waren der USA und half, ihre Kriegswirtschaft auf Friedenswirtschaft umzustellen. Vor Gründung der BRD etablierte sich mit der OEEC ein gemeinsamer (west)europäischer Wirtschaftsraum.

10 Gustav Stolper, *German Realities* (1948), in: *Europastrategien*, S. 1018 f.

11 Reinhold Maier, *Ein Grundstein wird gelegt. Die Jahre 1945–1947* (1964), in: *Europastrategien*, S. 1014. Maier war 1957–1960 FDP-Bundesvorsitzender.

12 Gerd Hardach, *Der Marshall-Plan*, 1994, S. 101.

Im gleichen Jahr sorgte die separate Währungsreform in den Westzonen und Westberlin, die die Besitzer von Sachwerten begünstigte, für Umverteilung von unten nach oben und den Abbau von Preiskontrollen. Gegen Preiserhöhungen kam es Ende 1948 zu Massenaktionen der Gewerkschaften bis zum Generalstreik. Die KPD forderte die Entmachtung von Kriegsverbrechern und aktiven Nazis, die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien, Mitbestimmung von Betriebsräten und Gewerkschaften in der Sozialpolitik, in Planung, Verwaltung, Erzeugung und Verteilung, Auflösung der alten Wirtschaftsverbände.¹³ Auf die illegale Einbeziehung Westberlins in die Währungsreform reagierte die UdSSR mit der Berlin-Blockade. Das nutzten die bürgerlichen Medien im Westen, um hysterischen Antikommunismus zu entfesseln und den »Frontstadt«-Mythos Westberlins zu begründen.

Die Besatzungsmächte hatten vereinbart, das Ruhrgebiet als »Waffenschmiede des Deutschen Reichs« zu entmilitarisieren. Trotz Demontagen übertraf 1948 die Stahlproduktion der Bizone die von Frankreich. 1949 bildeten Frankreich, Großbritannien, die USA und die Beneluxstaaten die »Internationale Ruhrbehörde« zur Kontrolle der Produktion des Ruhrgebiets an Kohle, Koks und Stahl. Das auch von der SPD damals noch verfolgte Ziel der Sozialisierung der Schwerindustrie unter Mitbestimmung der Gewerkschaften war damit ausgehebelt. Stattdessen kam es zur kapitalistischen »Entflechtung« durch Ausgliederungen, Tausch und Verkauf von Aktienpaketen. Auf ähnliche Weise wurde die Chemieindustrie »entflochten«.

Das Ruhrstatut wurde 1951 durch die »Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl« (Montanunion) abgelöst, einem Kartell der Konzerne der Montanindustrie Frankreichs, der BRD, der Beneluxländer und Italiens. Frankreich erhoffte sich damit Einfluss auf die Entwicklung der deutschen Schwerindustrie. Die junge BRD wollte sich vom Besatzungsstatus lösen.¹⁴ Die EGKS war die Keimzelle der EWG/EU.

Kalter Krieg und Westintegration

Ökonomische Spaltungsschritte und Westintegration gingen der politischen Spaltung in Form der Gründung der BRD 1949 voraus. Die Spaltung war weder zwangsläufig noch alternativlos. Sie war von der deutschen Großbourgeoisie

13 Max Reimann, Entscheidungen 1945–1956, 1973, S. 114.

14 Andreas Wehr, Die Europäische Union, 2012, S. 18 ff.

gewollt, die darin ihre Chance sah, einer Entwicklung zu entgehen, die die bürgerliche Geschichtsschreibung als »Sowjetisierung« bezeichnet: einer antifaschistisch-demokratischen Erneuerung, die, bei entsprechenden Kräfteverhältnissen, im Sozialismus münden kann. Diesem Risiko zog die deutsche Bourgeoisie die Option vor, ihre Macht unter den Fittichen der USA zu restaurieren, Akzeptanz und Wiederaufstieg im Schoß der Eliten des »freien Westens« zu suchen. »Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb,« beschrieb Adenauer die Entscheidung 1953.

Was mit dem Label »Sowjetisierung« als erzwungene Fremdsteuerung dargestellt wird, waren demokratisch-antifaschistische Bestrebungen der Bevölkerung, die es nach 1945 in ganz Deutschland gab. In der SBZ wurden sie von der Besatzungsmacht gefördert, in den Westzonen behindert oder verboten. Die Kräfteverhältnisse im Klassenkampf führten zur Bildung des Separatstaates BRD und zur deutschen Spaltung. In diese Kräfteverhältnisse ging die Politik der Besatzungsmächte als eine Komponente mit ein.¹⁵

In der SBZ war das Kräfteverhältnis für antifaschistische Umwälzungen vor allem auch deshalb günstiger, da KPD und SPD sich 1946 als Konsequenz aus der Niederlage der Arbeiterbewegung 1933 zu einer einheitlichen Arbeiterpartei, der SED, zusammenschlossen. Im Westen unterband die SPD-Führung unter Kurt Schumacher, unterstützt von den Westmächten, alle Vereinigungsbestrebungen. Die Spaltung der Arbeiterklasse schwächte ihre Rolle im Kampf gegen die Restauration.

Die im Osten verlorenen Gebiete gab die deutsche Bourgeoisie mit Gründung der BRD keinesfalls auf. Die Präambel des Grundgesetzes proklamierte dessen Geltung für »das ganze deutsche Volk« und das Ziel des »vereinten Europa«. Dabei umfasste der Begriff »deutsch« auch die unter polnischer und sowjetischer Verwaltung stehenden Ostgebiete jenseits der Oder-Neiße-Grenze. »Dreiterteilt – niemals!« war eine bekannte Losung nationalistischer Kräfte und starker Vertriebenenverbände.

Mit der Berlin-Krise verschwanden in den bürgerlichen Parteien die 1945 verbreiteten pazifistischen Bekenntnisse und ertönten Rufe nach Wiederbewaffnung. 1949 entstand die NATO als US-geführtes Militärbündnis gegen den Sozialismus. Die Einbeziehung Westdeutschlands in den Militärpakt stand für die USA von vornherein fest, war für sie sogar ein Beweggrund für die Gründung

15 Rolf Badstübner/Siegfried Thomas, Entstehung und Entwicklung der BRD, Restauration und Spaltung 1945–1955, S. 217 ff. und S. 317 ff.

der BRD. Wegen ihrer Gebietsansprüche im Osten und des Viermächte-Status Berlins eignete sich die BRD ideal als Spannungsherd und Rammbock gegen den Osten. Der Rollback-Politiker John Foster Dulles schrieb über Westdeutschland: »Indem es Ostdeutschland in den Machtbereich des Westens zieht, kann es eine vorgeschobene strategische Position in Mitteleuropa gewinnen, welche die sowjetischen militärischen und politischen Positionen in Polen, in der Tschechoslowakei, in Ungarn und anderen angrenzenden Ländern unterminiert.«¹⁶

Gegen die Remilitarisierung gab es in der Bundesrepublik eine starke Bewegung. Die KPD war ein Teil davon. Sie umfasste auch Sozialdemokraten, Gewerkschafter und antimilitaristische Kreise des Bürgertums. Die Bundesregierung reagierte mit Repression. Sie verbot 1951 die Volksbefragung gegen die Militarisierung. Im gleichen Jahr folgte das Verbot der FDJ und die Einleitung des Verbotsverfahrens gegen die KPD. Trotz aufgepeitschtem Antikommunismus, Verhaftungen und Verfolgung stimmten bis zum Verbot der Volksbefragung fast zehn Millionen gegen die Remilitarisierung. 1955 kam es zum NATO-Beitritt und zur Bundeswehrgründung, 1956 zum KPD-Verbot.

Gustav Heinemann, Bundesminister des Inneren in der ersten Regierung Adenauer, der aus Protest gegen die Wiederbewaffnung zurücktrat, beschrieb 1959 die expansionistische Grundlinie der Adenauer-Ära wie folgt: »An die Politik der Zurückrollung des Kommunismus Anschluss zu gewinnen und sich für sie durch Aufrüstung und Kalten Krieg, insbesondere von Westberlin aus, zur Verfügung zu stellen, wurde Leitgedanke der Bonner Politik. Die Sowjetunion sollte zur Räumung Deutschlands gezwungen werden, um damit Platz für eine Ausdehnung alles dessen zu schaffen, was sich unter Dr. Adenauer in schmähtlicher Verleugnung des Ahlener Programms von 1947 an wiederbelebter alter Gesellschaftsordnung in Westdeutschland entwickelte. Den Weg dorthin sollte die engste Anlehnung an den ›stärksten Bundesgenossen aller Zeiten‹, die USA, bahnen. Diese enge Anlehnung an Amerika wurde als Voraussetzung für ein Auftreten gegenüber dem Osten aus einer ›Position der Stärke‹, für eine ›Befreiung der besetzten deutschen Gebiete‹, ja sogar für eine Neuordnung der Verhältnisse in Osteuropa propagiert.«¹⁷

16 John Foster Dulles, Krieg oder Frieden, 1950, S. 163.

17 Gustav Heinemann, Stimme der Gemeinde 15.4.1959, S. 153.

Entspannungsphase und zweiter Kalter Krieg

Bis in die 1960er Jahre schrieb man den Namen des zweiten deutschen Staates, der DDR, in Gänsefüßchen. Nach der »Hallstein-Doktrin« stufte die Bundesregierung die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR durch Drittstaaten als »unfreundlichen Akt« ein. Im Fall Jugoslawiens und Kubas brach sie die Beziehungen ab. Doch im Zuge des Zusammenbruchs des Kolonialsystems entstanden immer mehr Länder, die die DDR anerkannten. Zudem gingen nach der Kuba-Krise 1962 US-Präsident John F. Kennedy und der Staatschef der UdSSR Nikita Chruschtschow zur Politik der Entspannung über. Die BRD lief Gefahr, sich international zu isolieren.

Im Bonner Bundestag begriff zuerst die SPD den Geist der neuen Zeit, während die Hauptpartei des Monopolkapitals CDU/CSU an der Politik der Stärke festhielt. Erst 1972 passte sich, unter dem Druck der Friedensbewegung, nach heftigen Auseinandersetzungen bis hin zum Misstrauensantrag gegen die Brandt/Scheel-Regierung, der Bundestag den Realitäten an und es kam zur Anerkennung der Grenzen zu Polen und zur DDR. Die Entspannungspolitik hob die kapitalistische Expansionstendenz Richtung Osten nicht auf, unterzog sie aber einem Formwandel: statt Rückeroberung, »Wandel durch Annäherung« (Egon Bahr).

Mit der Auflösung der UdSSR 1991 und dem Zusammenbruch des europäischen Sozialismus sah sich der Westen als Sieger im Kalten Krieg. In den USA sprachen die Ideologen der Neocons vom »Sieg der liberalen Demokratie«, vom »Ende der Geschichte« und vom »neuen amerikanischen Jahrhundert«. Heute bezeichnet man diese Phase als »unipolaren Moment«. Sie dauerte bis zur Krise 2008 ff. Um die Krise zu bewältigen, musste China in die globale Regulierung einbezogen werden. China hatte auf dem Hintergrund der Spaltung des Kommunismus seit 1971 seine Beziehungen zu den USA verbessert und 1978 die »Politik der Öffnung und Reform« eingeleitet, in deren Verlauf das Land zum begehrten Investitionsstandort der Großkonzerne der USA und anderer kapitalistischer Länder wurde. China bewahrte seine Wirtschaftssouveränität als Voraussetzung für die Organisation eines Technologietransfers mittels des Aufstiegs von der Low-End zur High-End-Produktion innerhalb der Wertschöpfungsketten internationaler Konzerne.

Der deutsche Imperialismus profitierte vom »unipolaren Moment« besonders stark. Die Einverleibung der DDR stärkte seine Dominanz in der EU. Die Ostexpansion von EU und NATO ermöglichte eine weitgehende Realisierung alter

Träume vom »europäischen Wirtschaftsraum«. Die Ostexpansion erfolgte aus einer Position der Stärke, die es erlaubte, Russlands Sicherheitsinteressen zu ignorieren. Die Expansion verlief keineswegs nur »friedlich«. Sie schloss Konfrontationen, Kriege und Regime Changes ein, vom Jugoslawienkrieg, über Belarus, bis zur Ukraine.

Während des unipolaren Moments überwog in der Politik des Westens gegenüber Russland und China zunächst eine Strategie der Integration in das US-geführte, imperialistische Weltsystem. Russland war die Rolle eines Rohstofflieferanten und Absatzmarkts für westliche Waren zugeordnet. Auf Chinas großem Markt mussten Kapitalisten präsent sein. Sie setzten auf weitere »Liberalisierung«. Nach 2000 bremste Putin den Ausverkauf russischer Ressourcen an westliches Finanzkapital. Putins Verteidigung der Souveränität der Russischen Föderation und Chinas Aufstieg bewirkten den Strategiewechsel der USA von einer Strategie der Integration zu einer erneuten Strategie der Eindämmung und des Rollback, zu einem neuen Kalten Krieg. Die politische Klasse der BRD zog 2013 mit der Studie »Neue Macht – neue Verantwortung« des German Marshall Fund und der Stiftung Wissenschaft und Politik nach.

Der Ukrainekrieg ab 2014 und erneut seit 2022 zielt seitens NATO und EU auf die Fortsetzung ungehinderter Ostexpansion. Mitte 2022, als man die ukrainische Bandera-Armee auf der Siegerstraße wählte, kursierten in transatlantischen Außenpolitik-Magazinen und auf einer illustren Konferenz im EU-Gebäude in Brüssel erneut Pläne zur Aufteilung Russlands nach Putins Sturz.¹⁸ Das Muster blieb Rohrbachs Orangen-Theorie aus dem ersten Weltkrieg. Ende 2023 zeichnet sich die Niederlage der NATO-Proxy-Armee in der Ukraine ab. Zwar reagiert EU-Chefin von der Leyen mit beschleunigten Beitrittsverhandlungen der Ukraine und einiger Balkanländer und kündigt Bundeskanzler Scholz die Verdoppelung der deutschen Militärhilfe in einem langen Krieg an, aber der Ukraine gehen die Soldaten und die Munition aus.

Russland scheint die Ostexpansion – wieder einmal – gestoppt zu haben. Die USA sind nicht mehr der »stärkste Bundesgenosse aller Zeiten«, von dem Gustav Heinemann 1959 sprach, seine Bonner CDU-Kollegen ironisch zitierend.

18 Casey Michel, Decolonize Russia, in: The Atlantic vom 27. Mai 2022.

Kräfteverhältnisse und Formen der Ostexpansion

Marxistische Blätter 3_2023, S. 98–105

Dem Kapitalismus wohnt die Tendenz zur Expansion inne. Ihre Formen wechseln unter dem Einfluss von Kräfteverhältnissen. Es gibt verschiedene Ebenen von Kräfteverhältnissen, die sich nicht gleichmäßig entwickeln müssen: ökonomische, politische, ideologisch-kulturelle, militärische. Letztlich zentral sind die ökonomischen Kräfteverhältnisse, da sie für die anderen Ebenen die Ressourcen bereitstellen. Innere (nationale) und äußere (internationale) Kräfteverhältnisse hängen zusammen.

Nach 1945 gab es in der Entwicklung der internationalen Kräfteverhältnisse mehrere Wendepunkte, die jeweils den Beginn einer neuen, durch bestimmte Merkmale geprägten Etappe geopolitischer und gesellschaftspolitischer Entwicklungen markierten.

Die USA gingen aus dem 2. Weltkrieg als Gläubiger der europäischen Staaten der Anti-Hitler-Koalition hervor. Sie etablierten sich als Führungsmacht des Kapitalismus. Nach Kriegsende erwirtschafteten sie die Hälfte des Welt-Bruttosozialprodukts, einen Anteil, den sie später nie wieder erreichten.¹ Im Osten Deutschlands und in den von der Sowjetarmee befreiten Ländern Osteuropas entstanden nach Revolutionen sozialistische Staaten. In Afrika, Asien, Lateinamerika führte der antikoloniale Befreiungskampf bis Mitte der 1970er Jahre zum Zusammenbruch des Kolonialsystems.

Systemkonkurrenz und 30 goldene Jahre (1945 bis 1974/75)

Baron Hastings Ismay, der erste NATO-Generalsekretär, definierte 1952 als Funktion der NATO, »to keep the Russians out, the Americans in and the Germans down«.² Während des Kalten Kriegs fungierte die Bundesrepublik, deren Eliten die Grenzen von 1937 zurückhaben wollten, als aggressiver Frontstaat gegen den

1 Jörg Nagler, USA – Geschichte, Wirtschaft, Gesellschaft, Kalter Krieg von 1945–1989, Informationen zur politischen Bildung der Bundeszentrale für politische Bildung bpb, 20.3.2014.

2 Zitiert nach: Josef Joffe, NATO: Soldiering On, in: TIME 19.3.2009.

Warschauer Pakt. Der Mauerbau 1961, die Kuba-Krise 1962 zeigten der imperialistischen Expansion Schranken. Danach gingen Kennedy und Chruschtschow zur Entspannung über. Als immer mehr kolonial befreite Staaten die DDR anerkannten, passte sich, unter dem Druck der Friedensbewegung und nach heftigen Auseinandersetzungen zwischen SPD/FDP und CDU/CSU, der Bonner Bundestag den Realitäten an. Die Entspannungspolitik hob die kapitalistische Expansionstendenz nicht auf, unterzog sie aber einem Formwandel: statt »Rückeroberung« »Wandel durch Annäherung« (Egon Bahr). Damit außenpolitische Annäherung nicht mit mehr Akzeptanz von Kommunisten im Inneren einherging, führte man 1972 die Berufsverbote ein. Ebenfalls 1972 gründete Willi Brandt mit US-Partnern den German Marshall Fund (GMF). Die transatlantische Erziehung von Führungskräften sollte damit geboostert werden.³

Die Phase von 1945 bis zur Krise 1974/75 war einerseits geprägt durch den Kalten Krieg, den der Westen unter Führung der USA mit dem Ziel der »Eindämmung« und des Rollback gegen das sozialistische Lager führte. Im Inneren der kapitalistischen Länder hieß das Antikommunismus, Kommunistenhatz, Verdächtigung kritischen Denkens. Andererseits setzte die Systemkonkurrenz die im Kapitalismus herrschenden Klassen unter einen gewissen Anpassungszwang. Sie machten soziale Zugeständnisse, um härtere Klassenauseinandersetzungen zu vermeiden. Das war ein für den Kampf der Lohnabhängigen relativ günstiges Kräfteverhältnis.

Auch der antikoloniale Befreiungskampf zog Nutzen aus der Systemkonkurrenz. 1961 bildete sich die Bewegung der Blockfreien. Die Länder gehörten keinem der beiden Militärbündnisse an, traten für friedliche Koexistenz, Abrüstung, eine gerechte Weltwirtschaftsordnung ein. Die Blockfreien umfassten Länder unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, von China bis Zypern. Die Bipolarität bot ihnen Spielraum, Hilfe von beiden Polen zu erhalten. Manche probierten den »nichtkapitalistischen Entwicklungsweg« mit Hilfe des sozialistischen Lagers. Andere wurden durch Sabotage und Blockade des Westens dem Realsozialismus in die Arme getrieben.

Bei aller Widersprüchlichkeit bestimmten 1945 bis 1975 die Kräfte des Fortschritts die Richtung der Entwicklung: Der reale Sozialismus erstarkte. Im Kapitalismus erreichten die Lohnabhängigen Zugeständnisse, so dass heute von »30 goldenen Jahren des Kapitalismus« die Rede ist. Der antikoloniale Befreiungskampf

3 Aus der Ampelkoalition absolvierten ein Leadership-Programm des GMF: Annalena Baerbock, Cem Özdemir, Nils Annen, Eva Högl. Baerbock ist zugleich Young Leader des WEF.

inspirierte die aufgewecktesten Teile der Jugend auch im Kapitalismus. Fidel Castro, Che Guevara, Ho Chi Minh wurden Idole. Am Ende der 1960er Jahre kam es in fast allen kapitalistischen Ländern zu starken linken Protestbewegungen.

Neoliberalismus und Kollaps des Sozialismus (1974/75 bis 1990)

Die Weltwirtschaftskrise 1974/75 leitete die Wende nach rechts ein. Sie war nicht nur eine zyklische Krise, sondern eine »Große Krise«, in der sich Überakkumulation und politische Krisenerscheinungen des imperialistischen Weltsystems verbanden. Der Nachkriegsboom war zu Ende. Der Vietnamkrieg führte zur Überdehnung des US-Imperialismus. 1971 hob US-Präsident Nixon die Goldbindung des Dollars auf. Die BRD und Japan wurden Gläubigernationen der USA. Ölpreiserhöhungen infolge Verknappung durch die OPEC und Lohnkämpfe der Arbeiterklasse bewirkten eine Profitklemme, Investitionsrückgang und Stagflation in den kapitalistischen Hauptländern.

Zwecks Regulierung der Krise gründeten sich die späteren G7. Beginnend mit Thatcher und Reagan setzten die Bourgeoisien im Klassenkampf von oben nach und nach den neoliberalen Ausweg aus der Krise durch. Sie verbesserten ihre Profitbedingungen durch Deregulierung, Privatisierung, Prekarisierung und Umverteilung von unten nach oben. Damit schufen sie Voraussetzungen, dass die Kapitalakkumulation wieder in Gang kam. In den Jahrzehnten danach machte der neoliberale Umbau die Reichen immer reicher, die Lage der Lohnabhängigen immer prekärer.

Doch auch im Sozialismus nahmen in den 1970er Jahren Krisenphänomene zu. In der Arbeitsproduktivität vergrößerte sich die Lücke zum Kapitalismus. Der Übergang von der extensiv erweiterten zur intensiv erweiterten Produktion im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution gelang nur in einzelnen Bereichen, nicht auf breiter Front. In den 1980er Jahren verfolgte zudem US-Präsident Reagan die Strategie des »Totrüstens« der Sowjetunion. Äußerer Druck und inneres Versagen mündeten Ende der 1980er Jahre im Kollaps des europäischen Sozialismus.

China hatte mit der »Ping-Pong-Diplomatie« der 1970er Jahre sein Verhältnis zu den USA verbessert.⁴ Deng Hsiao Pings »Politik der Öffnung und Reform« ermunterte ab 1978 US- und europäische Konzerne, in der Volksrepublik zu

4 Kontakte von Tischtennispielern der USA und Chinas gingen dem Treffen von Zhou Enlai und Henry Kissinger 1971 sowie Richard Nixons Besuch in Peking 1972 voraus.

investieren. Gestützt auf eigene Potentiale und bei Wahrung seiner politischen und wirtschaftlichen Souveränität war China fähig, ausländische Direktinvestitionen für die Entwicklung des eigenen Landes zu nutzen. Mit der Zeit gelang der Aufstieg von der low-end- zur high-end-Produktion in den internationalen Wertschöpfungsketten.

Der »unipolare Moment« (1991 bis zur Krise 2008 ff.)

Die Weichenstellung zugunsten des neoliberalen Akkumulationsregimes im Kapitalismus und der Kollaps des Sozialismus in Europa veränderten die Kräfteverhältnisse gravierend zugunsten der herrschenden Klassen. Die Kräfte des Fortschritts erlitten eine Niederlage. Die Lage der Lohnabhängigen wurde prekärer, ihre Kampfbedingungen schlechter. Zugeständnisse der Herrschenden, die über Symbolismus hinausgehen, sind seither nur im härtesten Klassenkampf erreichbar. In der Dritten Welt waren viele kolonial befreite Länder den USA, der EU und den von ihnen dominierten Institutionen IWF und Weltbank zunächst wieder alternativlos ausgeliefert.

Als »unipolarer Moment« gelten die knapp zwei Jahrzehnte zwischen der Auflösung der UdSSR bis zur Krise 2008 ff. Der kapitalistische Westen hatte im Kalten Krieg gesiegt. Francis Fukuyama deutete das als Sieg der »liberalen Demokratie«, mit dem die Geschichte am Ziel und Ende sei. US-Strategie Brzeziński riet 1997 zur zügigen Ostexpansion von NATO und EU, um die Vormacht der USA auf dem eurasischen Kontinent und damit in der Welt zu sichern – ohne Mitsprache Russlands.⁵ Fukuyama und Brzeziński waren Ideengeber der Neocons, einer Strömung, die sich in den 1990er Jahren in Politik, Thinktanks und Medien der USA etablierte und die für die US-Außenpolitik bestimmend wurde. Sie sind die »Falken« der Gegenwart.

Die Neocons propagieren als Ideologen, Narrativbildner und Politiker das unipolare, US-geführte Weltimperium.⁶ Sie stützen sich auf große Teile des Militär-Industrie-Komplexes, der Geheimdienste und der mit ihnen kooperierenden Internetkonzerne. Auf das Konto der Neocons gehen 30 Jahre »Global war on Terror«, die auf Neuordnung zielten und Chaos hinterließen. NATO-Armeen

5 Zbigniew Brzeziński, *Die einzige Weltmacht – Amerikas Strategie der Vorherrschaft*, 2001, S. 53 ff.

6 Zu den Neocons gehören u. a.: Donald Rumsfeld, John Bolton, George W. Bush, Dick Cheney, Madeleine Albright, Hillary Clinton, Paul Wolfowitz, Norman Podhoretz, Richard Perle, Robert Kagan, Viktoria Nuland, Joe Biden, Antony Blinken, Jake Sullivan.

wurden zu global agierenden Interventionskräften umgebaut. Seit 1999 trieben die Neocons die Osterweiterung der NATO gegen Russlands Einwände voran. Sie ging mit der EU-Ostexpansion einher. Die deutsche Finanzoligarchie gehörte zu den Profiteuren der Umwälzungen. Die Einverleibung der DDR, der neoliberale Umbau verhalfen ihr zur Dominanz in Europa. Deutsche Regierungen trugen aktiv zum Zerfall Jugoslawiens bei und nahmen am NATO-Krieg gegen Belgrad teil. Im Zuge der EU- und NATO-Ostexpansion erreichte der deutsche Imperialismus sein altes Ziel des europäischen Wirtschaftsraums.⁷ Olaf Scholz verkündet die Ostexpansion als »europäische Friedensordnung«. Real war sie die Ausnutzung der Schwäche Russlands nach dem Abzug seiner Truppen. Keineswegs verlief die Expansion nur »friedlich«. Sie ging mit Kriegen und Regime-Change-Versuchen einher, wie in Jugoslawien, Ukraine oder Belarus.

Während des unipolaren Moments überwog in der Politik des Westens gegenüber Russland und China eine Strategie der Integration in das US-geführte, »regelbasierte« imperialistische Weltsystem. Russland durfte am Katzentisch der G7 (G8) sitzen. Ihm war die Rolle eines Rohstofflieferanten und Absatzmarkts für westliche Waren zugedacht. China war ein großer Markt, auf dem Kapitalisten präsent sein mussten. Sie setzten auf »Liberalisierung«. Den Sozialismus sahen sie als Auslaufmodell.

Strategiewechsel nach dem »unipolaren Moment«

Die VR China entwickelte sich nicht gemäß westlichen Erwartungen, sondern folgte eigenen Bedürfnissen. In der Krise 2008 ff. wirkten Chinas Konjunkturprogramme als Stabilisator der Weltwirtschaft. Die G20 etablierten sich als Format der weltweiten Regulierung, in das auch die größten Schwellenländer einbezogen sind. Nach der Krise verkündete China das Ziel, sich von der Weltbank der Welt zur High-Tech-Nation zu entwickeln. 2014 lag sein BIP nach Kaufkraftparität vor dem der USA.

Zwischen 2002 und 2022 stieg Chinas Anteil am Welt-BIP von 8,1 Prozent auf 18,8 Prozent. Der Anteil der USA sank im gleichen Zeitraum von 19,8 Prozent auf 15,8 Prozent. Der Anteil der EU schrumpfte von 19,9 auf 14,8 Prozent.⁸ 2001 entstand die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit. 2009 gründeten sich

7 Vgl. Reinhard Opitz, *Europastrategien des deutschen Kapitals 1900–1945*, 2. Aufl., 1994.

8 <https://de.statista.com/infografik/27680/anteil-am-kaufkraftbereinigten-globalen-bruttoinlandsprodukt/>.

die BRICS. Mit eigener Entwicklungsbank und Reservefonds bieten sie Alternativen zu den vom Westen beherrschten Gremien IWF und Weltbank und deren neoliberalen Schocktherapien. 2013 startete China die Belt & Road-Initiative. 2021 nahmen an diesem Projekt des Ausbaus der gemeinsamen Infrastruktur und einer gemeinsamen Konnektivität 140 Länder Asiens, Afrikas, Europas und Lateinamerikas teil.

Auch Russland entwickelte sich nach 2000 unter Putin anders als in den 1990er Jahren unter Jelzin. Putin bremste den Ausverkauf russischer Ressourcen an westliches Finanzkapital – für die westlichen Eliten eine Regelverletzung. Chinas Aufstieg und Gestaltungswillen sowie Putins Beharren auf der Souveränität der Russischen Föderation werden im Westen als »Aggressivität« und Bedrohung wahrgenommen.

Mit dem »Pivot to Asia« 2011 leitete Obama gegenüber Russland und China einen Strategiewechsel von der Integrationsstrategie zu einer Strategie der Konfrontation und Eindämmung ein. Trump attackierte die Firmen Huawei und ZTE. Die politische Klasse der BRD vollzog den US-Strategiewechsel 2013 in der Studie »Neue Macht – neue Verantwortung« der Stiftung Wissenschaft und Politik und des German Marshall Fund nach. China und Russland wurden erneut Feindbilder. Der Strategiewechsel war nicht die Folge der Krim-Sezession. Er ging dem Maidan in Kiew voraus.

Von der »europäischen Autonomie« zur »Führungspartnerschaft«

EU und NATO sind heute die wichtigsten Formen der Unterordnung europäischer Staaten unter ein zentrales Kommando, wobei in der EU der deutsche Imperialismus und in der NATO der US-Imperialismus das Sagen hat. Daraus entstand eine tiefgehende Verflechtung widersprüchlicher Interessen. Sie lässt sich nicht auf ökonomische Aspekte reduzieren, sondern hat auch historische und geopolitische Wurzeln. US-Geostrategie Brzeziński beschrieb sie 1997 so: »Für Deutschland bedeutet *Erlösung + Sicherheit = Europa + Amerika*«. Das kann wie folgt erläutert werden: »*Erlösung = Europa*« besagt: Als EU kann Deutschland Großmacht spielen, ohne aggressiv zu erscheinen. »*Sicherheit = Amerika*« heißt: Militärmacht wird Deutschland nur in und mit der NATO. Das mache Deutschland »zu Europas Musterknaben und zum stärkeren Anhänger Amerikas in Europa« [im Vergleich zu Frankreich, BL].⁹

9 Brzeziński, S. 89 ff.

Für die deutsche Bourgeoisie ist die EU von zentraler Bedeutung, um weltweit mitzureden. Die EU ist ein starker Wirtschaftsraum, mit dem sich Macht ausüben lässt, aktuell, indem man die eigene »Sanktionsfähigkeit« demonstriert. So will man zu den USA aufschließen, »Augenhöhe« erreichen oder das, was Baerbock »Führungspartnerschaft« nennt. Habeck schwafelt von Deutschlands »dienender Führungsrolle«. ¹⁰

Zeitweise war, angestoßen durch Frankreichs Macron und das »orangene Biest« im Oval Office, »europäische strategische Autonomie« hoch im Kurs. 2020 belehrte Ministerin Annegret Kramp-Karrenbauer den Franzosen: »Die Illusion einer europäischen strategischen Autonomie muss ein Ende haben. Die Europäer können die entscheidende Rolle der USA als Garant für Sicherheit nicht ersetzen.« ¹¹ Als deutsch-französische Gemeinsamkeit blieb der Wille zur straffen Zentralisierung der EU durch Abschaffung des Konsensprinzips. So werde sie »politikfähiger«. Gemeinsam will man die europäische Rüstungsindustrie ausbauen und die EU weiter militarisieren – aber nur im Konsens mit der NATO, nicht gegen sie. Die EU-NATO-Verkettung wurde im Zuge der Ostexpansion verstärkt durch das »neue Europa«. So nannte Donald Rumsfeld, US-Kriegsminister während des Irakkriegs, Polen und die baltischen Staaten. Sie stellten, anders als Deutschland und Frankreich, Truppen im Irakkrieg. Die Russophobie der reaktionären Eliten dieser Länder garantiert, dass sie jede dauerhafte Kooperation zwischen Deutschland und Russland vereiteln. Sie fungieren als U-Boote der US-Politik in der EU. »Einheit der EU« ist so nur auf russlandfeindlicher Grundlage möglich. ¹²

Objektive Interessenwidersprüche

Die nationalen Interessen der Bundesrepublik Deutschland sind nicht identisch mit denen der USA. Die Bundesrepublik ist als mittelgroßes Land auf Austausch und Verflechtung mit der Weltwirtschaft angewiesen. Im nationalen Interesse ihrer Bevölkerung liegen friedliche Koexistenz und gleichberechtigte Kooperation mit allen Nationen. Die BRD ist rohstoffarm. Ihr besonderes Interesse an Kooperation mit Russland beruht auf geografischer Nähe, beiderseitigem

10 »Habeck sieht Deutschland in einer dienenden Führungsrolle«, in: focus.de, 2.3.2022.

11 Kramp-Karrenbauers Grundsatzrede – Keine Sicherheit ohne die USA, tagesschau.de, 17.11.2020.

12 Vgl. Beate Landefeld, Das Biden-Putin-Treffen und die EU, Unsere Zeit 9.7.2021.

Interesse am Austausch von Technologie gegen Rohstoffe und Energie und der gemeinsamen Geschichte.

Die deutsche Finanzoligarchie ist am russischen Markt und an preiswerter Energie aus Gründen ihrer Wettbewerbsfähigkeit interessiert. Dieses Interesse spornte immer wieder Projekte ökonomischer Kooperation zwischen der kapitalistischen BRD und der UdSSR oder RF an, selbst im Kalten Krieg. Es lag dem Erdgas-Röhren-Geschäft der 1970er Jahre zugrunde wie auch den Nordstream-Pipelines der Ära Schröder-Merkel. US-Investigativ-Journalist Seymour Hersh nimmt an, Präsident Biden ließ Nordstream sprengen, weil er Scholz misstraute.¹³ Scholz hatte Nordstream nur »auf Eis gelegt«. Später half er Biden beim Vernebeln der Täterschaft.

Dem Misstrauen der US-Finanzoligarchie liegen Unterschiede in den objektiven, geopolitischen und ökonomischen Interessen zugrunde. Die USA bekämpften schon das Erdgas-Röhren-Geschäft der 1970er Jahre.

»Die Aufrechterhaltung eines starken Keils zwischen Deutschland und Russland ist für die USA von überwältigendem Interesse,« formulierte STRATFOR-Chef George Friedman 2015.¹⁴ In der Ökonomie sind die USA binnenmarktorientiert. Sie leisten sich ein großes schuldenfinanziertes Defizit. Ihre extraordinäre Kreditwürdigkeit stützt sich auf ihre Rolle als Hegemonialmacht. Hinzu kommt aktuell das Interesse, Fracking-Gas in die EU zu liefern.

Die Sanktionspolitik der EU gegen Russland trugen die Großkonzerne der Bundesrepublik mit, nicht begeistert, aber dem »Primat der Politik« folgend. Infolge der Sanktionen nach der Krim-Sezession war das Handelsvolumen 2012 bis 2021 schon um ein Viertel gesunken. 2022 sanken die Exporte um weitere 40 Prozent, die Importe stiegen nur im Preis.¹⁵ Deutsche Konzerne zogen Investitionen ab oder froren sie ein. Der Vorsitzende des BDI-Ostauschusses Oliver Hermes trat zurück. Der Manager Klaus Mangold gab den Titel des russischen Honorarkonsuls zurück. Wer als Russland-Freund gilt, steht unter Medienbeschuss oder wie Gerhard Schröder unter Korruptionsverdacht. Die Schuld am eingetretenen Schaden sehen alle bei Putin.

Im Fall Chinas betont der BDI den Interessenunterschied zur US-Position. Während die US-Bourgeoisie seit Trump über die »Entkoppelung« von Chinas

13 Interview der Berliner Zeitung mit Seymour Hersh, BZ 14.2.2023.

14 Zitiert nach: Phillipp Fess, »Die Aufrechterhaltung eines starken Keils ...«, Telepolis, 22.10.2022. <https://www.youtube.com/watch?v=iLwNcix31dg&t=3s>.

15 Destatis, Fakten zum Außenhandel mit Russland 24.2.2022; Pressemitteilung Nr. 054, 10.2.2023.

Wirtschaft diskutiert, will der BDI zwar mehr Diversität, lehnt eine »Entkopplung« von China aber ab. Er wendet sich gegen die Fragmentierung des Welt Handels. Aktuell gehe es »um die Koexistenz von verschiedenen Systemen, die miteinander im Wettbewerb stehen, aber auch kooperieren müssen. Globale Herausforderungen wie Klima- und Umweltschutz oder Armutsbekämpfung erfordern Kooperation – auch zwischen unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Systemen.«¹⁶

Der BDI erstrebt zugleich mehr Freihandelsabkommen mit »Wertepartnern«. Oberwertepartner Biden praktiziert zurzeit mit dem »inflation reduction act« gnadenlose Konkurrenz. Bidens Anreize plus die hohen Energiepreise der EU lenken Investitionen aus der EU in die USA. Die IG BCE warnt vor der Deindustrialisierung Deutschlands. Für deutsche Konzerne sind die USA wichtigstes Ziel land ihrer Direktinvestitionen außerhalb der EU. Als Handelspartner hat aber China die USA überflügelt.¹⁷

Gefährliche Kluft zwischen Anspruch und Realität

Siebenmal verwendete der Sprecher des Weißen Hauses John Kirby auf seiner Pressekonferenz am 20.3.2023, dem Tag des Treffens von Putin und Xi Jinping, die Floskel von der »U. S. leadership around the world«.¹⁸ Es wirkte wie eine Beschwörungsformel. Zwar werden die Apparate internationaler Organisationen und Institutionen immer noch von den USA und der EU dominiert, oft auch finanziert.¹⁹ Trotz relativem ökonomischen Abstieg beanspruchen die USA, für den Rest der Welt die Regeln zu bestimmen, die sie zum eigenen Nutzen setzen und willkürlich auslegen. Doch die Kluft zwischen dem Anspruch und seiner Realisierung wächst.

Gegenwärtig zeigt sich diese Kluft wie in einem Brennglas in den Fehleinschätzungen, auf denen das Handeln der G7- und NATO-Länder im Ukraine-krieg basiert:

Ökonomisch wollten USA und EU mit nie dagewesenen Sanktionen Russland destabilisieren. Russland verkräftet sie. Die Welt unterstützt sie mehrheitlich nicht. Sie schaden primär der EU, fördern die Inflation, schwächen Dollar

16 BDI-Papier »Neues Momentum für die Globalisierung« vom Januar 2023, S. 12.

17 2021 war das Handelsvolumen mit den USA 194,2 Mrd. Euro, mit China 245,1 Mrd. Euro (Destatis).

18 Caitlin Johnstone, US Officials Really Want You to Know The US Is The World's »Leader«, caityjohnstone.medium.com, 23.3.2023.

19 Vgl. US- und EU-Einfluss in UNO, IWF, Weltbank, WTO, OECD, OSZE, IEA, ICC.

und Euro als Reservewährungen. Auf Dauer überfordert die Finanzierung der Ukraine den Westen.

Politisch setzte man auf internationale Isolierung und Regime-Change in Moskau. Das erwies sich als Illusion. Putin sitzt fest im Sattel.²⁰ International war Russlands Isolierung nur im Westen erfolgreich, nicht in Asien, Afrika und Lateinamerika.

Militärisch bestätigte sich Obamas Hinweis, Russland verfüge in der Ukraine über »Eskalationsdominanz«. Die ukrainische Armee ist überdehnt. Sie verbraucht mehr Waffen als die NATO-Länder herstellen können. Diesen fehlt nach 30 Jahren Neoliberalismus und »War on Terror« die industrielle Basis für einen Abnutzungskrieg.

Auch **ideologisch** sind die Kräfteverhältnisse nicht statisch: Zwar dominiert im Westen klar die NATO-Propaganda, aber in Asien, Afrika und Lateinamerika wächst die Kritik an westlichen Doppelstandards und wird offener artikuliert als zuvor.

Die Kluft zwischen Anspruch und Realität verleitet die Regierungen der NATO-Länder zu einer abenteuerlichen Politik. Vor allem die Neocons der USA, deren Parteigänger auch in den Medien der BRD dominieren, lassen sich von »magischem Denken« leiten. Mal wollen sie den Krieg auf dem Schlachtfeld gewinnen, mal durch Regime-Change in Moskau. Misserfolge lösen kein Nachdenken aus, sondern die Erhöhung des Einsatzes. Realistische Stimmen, die vor der Atomkriegsgefahr warnen, sind unter den herrschenden Klassen und Eliten bisher marginalisiert.

In der Bevölkerung sind Friedens- und Entspannungswille aber existent und artikulieren sich in der langsam wiederauflebenden Friedensbewegung. Zugleich drängt der globale Süden auf eine Verhandlungslösung. Arabische Länder vermittelten bei bisherigen Abkommen. Brasiliens Lula drängt auf eine Verhandlungslösung. China legte Vorschläge zur Lösung der Ukrainekrise vor. »Die USA fürchten, eine kriegsmüde Welt könnte Chinas Friedensvorschlag aufgreifen«, war bei Bloomberg zu lesen.²¹

Nach Kaufkraftparität haben die BRICS inzwischen einen Anteil am Welt-BIP von 31,5 Prozent, die G7 einen Anteil von 30,7 Prozent.²² Die BRICS haben die G7

20 Laut Umfragen des regimekritischen Lewada Center stimmen knapp 80 Prozent Putins Politik zu.

21 Iain Marlow, US Fears a War-Weary World May Embrace China's Ukraine Peace Bid, bloomberg.com 23.3.2023.

22 Scott Ritter, BRICS surpasses G7 in PPP-adjusted Global GDP, consortiumnews.com, 22.3.2023.

ökonomisch überholt. Sie sind dabei, den Westen auch in politischer Lösungskompetenz zu überholen. Dies und der Druck der Bevölkerungen, die die Lasten schultern sollen, könnte die herrschenden Klassen im Westen zur Koexistenz zwingen.